

Prüfungsteil 9a: Recht

Kandidatennummer

D - 24 - _ _ _ - _

Prüfungsdauer

40 Minuten

Anzahl Seiten der Prüfung (inkl. Deckblatt)

9

Beilage(n)

Jahreskalender (1 Seite)

Maximale Punktzahl

40

Erzielte Punkte

Note

Lösungsvorschlag

Hinweise

- Prüfen Sie den Aufgabensatz auf seine Vollständigkeit.
- Schreiben Sie Ihre Antworten ausschliesslich auf die Vorderseiten der Antwort-/Lösungsblätter.
- Verwenden Sie bei Bedarf für Ihre Lösungen ein offizielles Zusatzblatt, welches Ihnen auf Handzeichen zur Verfügung gestellt wird.
- Die blosse Nennung eines Gesetzes- oder Verordnungsartikels reicht nicht aus (ausser dies wird ausdrücklich erlaubt).
- Die Aufgaben können in beliebiger Reihenfolge gelöst werden. Das Punktemaximum wird bei jeder Aufgabe angegeben. Teillösungen ergeben ebenfalls Punkte.
- Benutzen Sie Kugelschreiber, Filzstift oder Tinte (dokumentenecht, nicht radierbar, keine rote Farbe und kein Bleistift) zum Lösen der Prüfung.

Die Experten/innen**Datum****Unterschriften**

Experte/in 1

Expert/in 2

Prüfungsteil 9a: Recht

Kandidatennummer

D - 24 - _ _ _ - _

Aufgabe 1: ATSG (4 Punkte)

Erzielte Punkte

Ausgangslage

Der allgemeine Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) hat verschiedene Ziele.

Aufgabe (4 Punkte)

Zählen Sie die vier Ziele des ATSG auf.

Ziel 1:

Ziel 2:

Ziel 3:

Ziel 4:

Lösungsvorschlag

- *Definiert Grundsätze, Begriffe und Institute des Sozialversicherungsrechts (1)*
- *Legt ein einheitliches Sozialversicherungsverfahren fest und regelt die Rechtspflege (1)*
- *Stimmt die Leistungen aufeinander ab (1)*
- *Ordnet den Rückgriff der Sozialversicherungen auf Dritte (1)*

Prüfungsteil 9a: Recht

Kandidatennummer

D - 24 - _ _ _ - _

Aufgabe 2: Verfahrensfragen (8 Punkte)

Erzielte Punkte

Ausgangslage

In der Sozialversicherung gelten spezielle Verfahrensbestimmungen.

Aufgabe 2.1 (2 Punkte)

Kann ein Richter die Beschwerdefrist erstrecken? Begründen Sie Ihre Antwort unter Nennung der genauen Rechtsquelle (Erlass, Artikel, Absatz)!

Lösungsvorschlag

Nein, gesetzliche Frist (1) (Wenn nur nein: 0)

ATSG 40 Abs. 1 (1)

Aufgabe 2.2 (2 Punkte)

Kann das kantonale Versicherungsgericht zu Ungunsten des Versicherten tiefere Leistungen zu sprechen, als es die EL-Stelle tat? Begründen Sie Ihre Antwort unter Nennung der genauen Rechtsquelle (Erlass, Artikel, Buchstabe).

Lösungsvorschlag

Ja, Gericht ist nicht an Begehren der Parteien gebunden (1) (Wenn nur ja: 0)

ATSG 61d (1)

Aufgabe 2.3 (2 Punkte)

Die versicherte Person lässt sich im Verfahren vor dem kantonalen Versicherungsgericht durch einen Anwalt vertreten. Sie obsiegt im Verfahren vollumfänglich. Wer muss die Kosten tragen? Nennen Sie die genaue Rechtsquelle (Erlass, Artikel).

Lösungsvorschlag

Die unterlegene Partei muss die Kosten tragen (1)

ATSG 61g (1)

Prüfungsteil 9a: Recht

Kandidatennummer

D - 24 - _ _ _ - _

Aufgabe 2.4 (2 Punkte)

Die Ausgleichskasse belangt Jonny Evergreen in einem Schadenersatzfall nach Art. 52 AHVG für den Betrag von CHF 300'000. Da es sich um einen äusserst komplexen Fall handelt, muss die Ausgleichskasse einen externen Anwalt beiziehen. Im Verfahren vor dem kantonalen Versicherungsgericht obsiegt die Ausgleichskasse vollständig. Der Entscheid wird rechtskräftig. Wer trägt die Anwaltskosten der Ausgleichskasse? Nennen Sie die genaue Rechtsquelle (Erlass, Artikel, Buchstabe).

Lösungsvorschlag*Die Ausgleichskasse (1)**ATSG 61g (e contrario) (1)*

Prüfungsteil 9a: Recht

Kandidatennummer

D - 24 - _ _ _ - _

**Aufgabe 3: Einsprache- und Beschwerdeverfahren im ATSG
(8 Punkte)**

Erzielte Punkte

Ausgangslage

Das ATSG und die ATSV sehen auch für die Rechtsmittelverfahren verschiedenste Formvorschriften vor.

Aufgabe 3.1 (4 Punkte)

Emil Eicher ist Sachbearbeiter bei einer AHV-Ausgleichskasse. Er erhält von Sandro Sonderegger eine E-Mail mit dem Betreff «Einsprache».

Er ersucht Sie um Rat, wie er mit dieser per E-Mail eingereichten Einsprache umgehen soll.
Begründen Sie Ihre Antwort unter Angabe der genauen Rechtsquelle (Erlass, Artikel, Absätze).

Aufgabe 3.2 (4 Punkte)

Der entrüstete ALV-Taggeldbezüger Jeremias Jenny erscheint am Schalter der Arbeitslosenkasse und beschwert sich lauthals über die verfügungsweise ausgesprochene Taggeldkürzung. Er wolle hiermit Beschwerde machen.

Was erklärt die zuständige Sachbearbeiterin Ursula Urech dem Taggeldbezüger in dieser Situation?
Nennen Sie die genauen Rechtsquellen (Erlass, Artikel, Absatz und Buchstabe).

Lösungsvorschläge**3.1***Ansetzen einer Nachfrist für die schriftliche Eingabe (1)**Androhung des Nichteintretens (1)**ATSV 10 (1) Absätze 4 (1/2) und 5 (1/2)***3.2***Schriftliche Einsprache (1) innert 30 Tagen (1)**ATSG 52 I (1) ATSV 10 Abs. 2 Bst. a (1)*

Prüfungsteil 9a: Recht

Kandidatennummer

D - 24 - _ _ _ - _

Aufgabe 4: Weitere Regeln im ATSG und in der ATSV (5 Punkte)

Erzielte Punkte

Ausgangslage

Dem ATSG und der ATSV können zahlreiche Regeln für die Sozialversicherungen wie für die versicherten Personen entnommen werden.

Geben Sie bei den nachfolgenden Aufgaben an, welchen Artikeln (inkl. Absatz) der beiden Erlasse die Lösungen für die angeführten Themen entnommen werden können.

Aufgabe 4.1 (1 Punkt)

Anspruch auf grundsätzlich unentgeltliche Beratung über die Rechte und Pflichten gegenüber den Sozialversicherungen.

Aufgabe 4.2 (1 Punkt)

Die Einsprache hat aufschiebende Wirkung.

Aufgabe 4.3 (1 Punkt)

Berechtigung, Beschwerde zu erheben.

Aufgabe 4.4 (1 Punkt)

Kosten einer Abklärung können einer Partei auferlegt werden, wenn diese trotz Aufforderung und Androhung der Folgen die Abklärung in unentschuldbarer Weise verhindert oder erschwert hat.

Aufgabe 4.5 (1 Punkt)

Ausstandgründe für Personen, die Entscheidungen über Rechte und Pflichten treffen.

Lösungsvorschläge

4.1
ATSG 27 Abs. 2

4.2
ATSV 11 Abs. 1

4.3
ATSG 59

4.4
ATSG 45 Abs. 3

4.5
ATSG 36 Abs. 1

Prüfungsteil 9a: Recht

Kandidatennummer

D - 24 - _ _ _ - _

Aufgabe 5: Fristen und Rechtskraft von Verfügungen (12 Punkte)

Erzielte Punkte

Ausgangslage

Beantworten Sie die nachfolgenden Fragen stichwortartig und geben Sie jeweils auch die massgebenden Bestimmungen im ATSG oder in der ATSV (inkl. Absatz) an. Bei der Frage 5.1 genügt das Datum.

Aufgabe 5.1 (2 Punkte)

Der Unfallversicherer lehnt mit Verfügung vom 27. Februar 2024 das Gesuch von Reto Baumann um Erhöhung seiner Invalidenrente ab. Die Verfügung nimmt Reto Baumann mitten in den Winterferien am 29. Februar 2024 entgegen. Wann muss er seine Einsprache spätestens der Post übergeben?

Aufgabe 5.2 (2 Punkte)

Wie hat der Unfallversicherer vorzugehen, wenn Reto Baumann vergessen hat, die Einsprache zu unterschreiben?

Aufgabe 5.3 (2 Punkte)

Welches wäre die Rechtsfolge, wenn Reto Baumann die Einsprache zu spät erhoben hätte?

Aufgabe 5.4 (2 Punkte)

Was kann Reto Baumann gegenüber der Unfallversicherung unternehmen, wenn er ein halbes Jahr später davon überzeugt ist, dass sich sein Gesundheitszustand weiter verschlechtert hat?

Aufgabe 5.5 (2 Punkte)

Was kann Reto Baumann gegenüber der Unfallversicherung unternehmen, wenn er ein halbes Jahr später erhebliche neue Tatsachen entdeckt, die im Entscheidzeitpunkt bereits vorlagen, aber seinerzeit nicht beigebracht werden konnten?

Aufgabe 5.6 (2 Punkte)

Reto Baumann findet im ATSG keine Fristen, welche für das Vorgehen gemäss Aufgabe 5.5 einzuhalten wären. In welchem Artikel des ATSG wird auf ein anderes Gesetz verwiesen, für den Fall, dass in den Artikeln 27 bis 54 ATSG oder in den Einzelgesetzen Verfahrensbereiche nicht abschliessend geregelt sind? Auf welches Gesetz wird verwiesen?

Prüfungsteil 9a: Recht

Kandidatennummer

D - 24 - _ _ _ - _

Lösungsvorschläge

5.1

15. April 2024 (2)

5.2

Setzen einer angemessenen Frist zur Behebung des Mangels (1/2) verbunden mit der Androhung des Nichteintretens auf die Einsprache (1/2)

ATSV 10 Abs. 5 (1)

5.3

Verfügung erwächst in Rechtskraft und wird vollstreckbar (1)

ATSG 54 (1)

5.4

Gesuch um Revision (Rentenanpassung) (1)

ATSG 17 Abs. 1 (1)

5.5

Gesuch um prozessuale Revision (1)

ATSG 53 Abs. 1 (1)

5.6

ATSG 55 Abs. 1 (1)

VwVG (1)

Prüfungsteil 9a: Recht

Kandidatennummer

D - 24 - _ _ _ - _

Aufgabe 6: Verfassungsrecht (3 Punkte)

Erzielte Punkte

Ausgangslage

Nachfolgend werden Auszüge aus Urteilen des Bundesgerichts wiedergegeben. Geben Sie an, mit welchen Artikeln der Bundesverfassung das Bundesgericht die Aussagen in den nachfolgend zitierten Urteilen begründet hat. Die Angabe des Artikels (inkl. Absatz) genügt.

Aufgabe 6.1 (1 Punkt)

«Will das kantonale Gericht die revisionsweise Aufhebung der Invalidenrente mit der substituierten Begründung der Wiedererwägung schützen, so hat sie dem Versicherten vorgängig Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.»

Lösungsvorschlag**BV 29 Abs. 2 (1)***[Korrekturhinweis: Fehlt „Abs. 2“: Kein Punkt].***Aufgabe 6.2 (1 Punkt)**

«Ob Art. 29^{quinquies} Abs. 3 AHVG (Splitting) verfassungswidrig ist, weil es gemäss dem Beschwerdeführer ‚Staat und Privat nicht trenne‘, kann das Bundesgericht nicht prüfen.»

Lösungsvorschlag**BV 190 (1)****Aufgabe 6.3 (1 Punkt)**

«Der Anspruch auf unentgeltliche Prozessführung im kantonalen Beschwerdeverfahren wird durch das kantonale Prozessrecht geregelt. Unabhängig davon greifen die direkt auf die BV gestützten Rechtssprechungsgrundsätze ein, die ein Mindestmass an Rechtsschutz gewährleisten.»

Lösungsvorschlag**BV 29 Abs. 3 (1)***[Korrekturhinweis: Fehlt „Abs. 3“: Kein Punkt].*